

Gemeinsame Verantwortung für eine gemeinsame Politik – Lateinamerika und Karibik als Partner für Deutschland und Europa

Einleitung

Der Ausbau strategischer Partnerschaften mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik ist für Deutschland und Europa im Kontext der Zeitenwende und in einer zunehmend multizentrischen Welt von zentraler strategischer Bedeutung für die Sicherung von Frieden, Freiheit, Wohlstand und regelbasierter Ordnung. Bei allen politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und geostrategischen Unterschieden innerhalb Lateinamerikas und der Karibik gibt es in keiner anderen Weltregion außerhalb Europas und Nordamerikas so viele Verfassungsdemokratien und starke Allianzpartner:innen in Parlamenten, Parteien, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. Die meisten Länder Lateinamerikas und der Karibik gehören zu den stärksten Befürworter:innen des Multilateralismus und einige Regierungen verfolgen dezidiert eine feministische Außenpolitik. Außerdem hat die Region es geschafft, frei von kriegerischen Auseinandersetzungen, nuklearen und anderen Massenvernichtungswaffen zu sein.

Europa ist mit Lateinamerika und der Karibik durch ein gemeinsames Wertefundament eng miteinander verbunden. Die Ergebnisse einer im Jahr 2021 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Region durchgeführten repräsentativen Umfrage zeigen, dass die vertretenen Werte und Normen wie Demokratie, sozialer Zusammenhalt und Menschenrechte eine hohe Anziehungskraft auf die Gesellschaften ausüben. Es liegt in unserer Verantwortung und in unserem Interesse, auf diese gemeinsamen Werte aufzubauen und die Demokratien in einer von sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Krisen geprägten Region nachhaltig zu stärken. Dafür müssen wir unseren Partner:innen attraktive Angebote zur Zusammenarbeit machen, die für beide Seiten Vorteile bieten. Ferner müssen wir unterschiedliche Sichtweisen anerkennen und im Rahmen gerechter Übergänge zu einer nachhaltigen und sozial gerechten Transformation der Wirtschaftssysteme und zur Sicherung des gesellschaftlichen Friedens beitragen.

Lateinamerika und die Karibik sind wichtige Handelspartner Europas und bergen enorme Potenziale für den Ausbau und Export erneuerbarer Energien (zum Beispiel Grüner Wasserstoff) und die Verarbeitung kritischer Rohstoffe (beispielsweise Lithium und Kupfer), um die Energiewende in beiden Regionen voranzubringen. Bestehende Wirtschaftspartnerschaften müssen daher ausgebaut und nachhaltig ausgestaltet werden. Daher setzen wir uns für die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens mit überprüfbar und rechtlich verbindlichen Verpflichtungen zum Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsschutz mit den Partnerländern ein. Es ist wichtig, dass die Verhandlungen über das Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten zeitnah erfolgreich abgeschlossen werden. Wir erwarten, dass hierbei neue partnerschaftliche Kooperationsansätze zum Tragen kommen, um Investitionen, Wertschöpfung und hochwertige Arbeitsplätze vor Ort zu ermöglichen. Progressive Regierungen wie gegenwärtig in Argentinien, Brasilien, Chile oder Kolumbien bieten ein zusätzliches Momentum, um gemeinsame Fortschrittsprojekte voranzubringen.

Auch im Hinblick auf den Klima- und Artenschutz sowie die Biodiversität und den Schutz von Lebensräumen indigener Völker nimmt die Region eine herausragende Rolle ein. Sie ist gerade auch deshalb von enormer Bedeutung, weil nach dem Konzept von One-Health der Schutz von Klima und Biodiversität eng verbunden ist mit der Gesundheit von Tier und Mensch. Aufgrund des guten Bildungsniveaus der Bevölkerung in den meisten Ländern können diese auch Partner für die Gewinnung von Fachkräften ein Vorteil sein. Denn auf begrenzte Zeit in Deutschland zu leben und zu arbeiten, können sich gebildete Fachkräfte vorstellen. Dies bietet neben der Entlastung unseres Fachkräftemarktes auch die Möglichkeit zum Austausch und zur Stärkung des Miteinanders.

Bundeskanzler Olaf Scholz und Entwicklungsministerin Svenja Schulze sowie zahlreiche Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion haben mit ihren Besuchen in den verschiedenen Staaten bereits wichtige Zeichen gesetzt. Nach acht Jahren findet am 17./18. Juli 2023 in Brüssel erstmals ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC) und der Europäischen Union (EU) in diesem Jahr statt. Dieses trägt der Bedeutung der Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik Rechnung und bietet eine Chance, die Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Die in diesem Positionspapier aufgeführten Themen betrachten wir als zentralen Handlungsrahmen für eine sozialdemokratische Lateinamerika-Karibik-Politik der SPD-Bundestagsfraktion.

1. Gemeinsam die regelbasierte internationale (Friedens-) Ordnung reformieren und stärken

Viele Länder Lateinamerikas und der Karibik gehören zu den entschiedensten Befürwortern eines multilateralen Ordnungssystems. Die große Mehrheit der Regierungen der Region hat den russischen Überfall auf die Ukraine als Verletzung völkerrechtlicher Prinzipien verurteilt. Gleichzeitig müssen wir aber auch anerkennen, dass es in der Region andere Sichtweisen auf diesen Krieg gibt als in Europa. Dazu gehört insbesondere die Wahrnehmung, dass doppelte Standards angelegt und die Verletzung völker- und menschenrechtlicher Normen nur selektiv angemahnt werden. Auch das Vorgehen der EU beim Kauf von Impfstoffen zu Beginn der Covid-19 Pandemie sowie der Umstand, dass es keine Bereitstellung von Technologien und Know-How über die von Costa Rica gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gegründete Technologie-Transferplattform C-TAP (Covid-19 Technology Access Pool) gegeben hat, und die langsam anlaufende Verteilung über den multilateralen COVAX-Mechanismus haben vor allem in Lateinamerika Vertrauen gekostet. Dem müssen wir gemeinsam mit unseren Partner:innen in der Region entgegenwirken und multilaterale Institutionen zur Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung reformieren, stärken und ausbauen. Das bedeutet auch, dass die Stimmen des globalen Südens in den internationalen Foren stärker vertreten sein müssen. Im Rahmen der G4 (Brasilien, Deutschland, Indien und Japan) wollen wir uns weiter für eine Reform der Vereinten Nationen, insbesondere des Sicherheitsrates, einsetzen, damit die VN auch zukünftig ihrem Mandat zur Sicherung des Weltfriedens, der Einhaltung des Völkerrechts, dem Schutz der Menschenrechte und der Förderung nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 nachkommen kann. Das politische Bemühen Brasiliens um ein Ende des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sollte gehört werden.

Mit Argentinien, Brasilien und Mexiko sind drei Staaten der Region G20-Mitglieder. Eine weitere Einbeziehung wichtiger Entwicklungs- und Schwellenländer aus Lateinamerika in die Beratungen der G7 und G20 sowie die Gründung des für alle Länder offenen internationalen Klimaclubs durch Bundeskanzler Olaf Scholz, der von Chile im Ko-Vorsitz geführt wird, sind in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung.

Die Einigung innerhalb der G7 auf eine globale Mindestbesteuerung für internationale Konzerne im Jahr 2021 ist ein historischer Durchbruch für mehr (Steuer-) Gerechtigkeit, Fairness und globale Solidarität. Fragen der globalen Steuergerechtigkeit müssen in einem multilateralen Rahmen weiter diskutiert und vorangetrieben werden.

Die Mitgliedschaft von vier Ländern der Region in der OECD und das Streben drei weiterer nach Aufnahme bietet eine neue Möglichkeit der Zusammenarbeit auf einem gemeinsamen regulatorischen Rahmen. Daraus erwachsen neue Optionen der Gestaltung globaler Diskurse zur Förderung demokratischer Werte und marktwirtschaftlicher Prinzipien.

Angesichts der Verschuldungskrise einiger Länder der Region, die als *middle income countries* (MIC) keinen Zugang mehr zur klassischen Entwicklungsfinanzierung haben, unterstützen wir die Entwicklung innovativer und grüner multilateraler Finanzierungsinstrumente, auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung Chinas in der Entwicklungsfinanzierung. Auch Finanzierungsmechanismen sozialer Sicherungssysteme sind wichtig, da sie zur Absicherung und Vorbeugung von Krisensituationen beitragen. Besonders hervorzuheben ist hier der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, ins Leben gerufene „Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions“, der das Ziel hat, bis 2030 die vier Milliarden Menschen abzusichern, die bisher keinen Zugang zu sozialer Sicherung haben, und um 400 Millionen menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen.

Empfehlungen:

- Im Rahmen der G4 (Brasilien, Deutschland, Indien und Japan) wollen wir uns weiter für eine Reform der Vereinten Nationen, insbesondere des Sicherheitsrates, einsetzen.
- Auch auf parlamentarischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass globale Umwelt- und Klimapolitik vorangetrieben und im multilateralen Rahmen gemeinsam umgesetzt wird.
- Mehr Engagement für eine gerechte globale Gesundheitspolitik muss eine Konsequenz aus den Erfahrungen mit der Covid-19-Pandemie sein. Dies erfordert die Stärkung der WHO und eine koordinierte internationale Zusammenarbeit. Kooperationen im Gesundheitswesen, in der Forschung, im Technologie- und Know-How Transfer sowie in der Unterstützung beim Auf- und Ausbau lokaler und regionaler Kapazitäten der Arzneimittelproduktion können Vertrauen zurückgewinnen und damit auch multilaterale Mechanismen stärken.
- Soziale Sicherung ist eines der wirksamsten Instrumente des Staates zur Verringerung von Ungleichheit. Wir setzen uns daher dafür ein, dass soziale Sicherungssysteme in Lateinamerika und der Karibik ausgebaut werden.

2. Sozial nachhaltige Handels- und Wirtschaftspartnerschaften aufbauen

Lateinamerika und die Karibik sind wichtige Handelspartner, dabei ist eine Kooperation auf Augenhöhe, die Wohlstandsperspektiven schafft und zielgerichtete Unterstützung gewährleistet, schon längst überfällig. Die geopolitische Reduktion der Länder Lateinamerikas und der Karibik auf die Rolle eines Rohstoff- und Agrarexporteurs birgt nicht nur erhebliche ökologische Risiken. Auch in sozialer Hinsicht vertieft sie historisch gewachsene Ungleichheiten. Der Fokus auf Landwirtschaft und Bergbau schafft wenige und meist prekäre Arbeitsplätze und hat in den letzten zwei Dekaden bereits zu einer deutlichen Deindustrialisierung geführt. Die starke Abwanderung in die Städte trifft so auf informelle Beschäftigung, Armut und Netzwerke organisierter Kriminalität – Entwicklungen, die den Interessen rechtsextremer, antidemokratischer Kräfte in die Hände spielen. Eine Schlüssel-funktion für eine umfassende Zusammenarbeit übernehmen hier Handels- und Wirtschaftspartnerschaften, wobei den Handelsabkommen eine besondere Rolle zu Teil wird. Die Kompetenz zur Verhandlung und Abschluss von Handelsabkommen liegt ausschließlich bei der Europäischen Union. Nur als geeinter Binnenmarkt können wir gemeinsam mit unseren Partnern substantielle Veränderungen schaffen und die Herausforderungen unserer Zeit angehen.

Die neue Global-Gateway-Strategie der EU bietet eine gute Plattform zur Förderung nachhaltiger Verbindungen mit Lateinamerika und der Karibik an, um vor allem Investitionen in die physische und digitale Infrastruktur in der Region zu steigern. Eine neue Investitionsagenda für Lateinamerika und

der Karibik soll auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik festgelegt werden. Substantielle Partnerschaften dürfen jedoch nicht auf die reine Bereitstellung von Finanzmitteln reduziert werden, sondern müssen auch durch Softpower sowie personelle Maßnahmen gestützt werden.

Die Rolle Chinas als Investor, Kreditgeber und Handelspartner ist in den Staaten nicht zu unterschätzen. Auf der Suche nach belastbaren politischen Partnerschaften muss die Europäische Union daher ein Alleinstellungsmerkmal und einen Mehrwert anbieten. Für die Gesellschaften in der Region liegt dieser eindeutig im Bereich des demokratischen Gesellschaftsvertrags, der Menschenrechte und einer inklusiven Arbeitswelt. Im Mittelpunkt muss daher menschenwürdige Arbeit stehen – mit konkreten Vorhaben wie Technologietransfers zur Unterstützung der Partnerländer bei der Diversifizierung der Produktionsmatrix hin zu ökologisch und sozial nachhaltiger Beschäftigung. Für gerechte Wirtschaftsbeziehungen ist auch die Diversifizierung des Handels und das Querschnittsthema Digitalisierung sowie der Erhalt eines offenen und freien Netzes unerlässlich. Ziel sollte dabei stets auch die Möglichkeit zur Wohlstandsteilhabe aller Bevölkerungsschichten sein. Hierbei müssen wir im Rahmen des europäischen Lieferkettengesetzes stärker europäische und damit auch deutsche Unternehmen in die Verantwortung nehmen.

Vor allem die progressiven Regierungen in Lateinamerika und der Karibik wollen die Transformation zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell anstoßen, das Ressourcen schont und sozial verträgliches Wachstum ermöglicht. Das gelingt über gute berufliche Bildung und ausreichende soziale Absicherung. So bekämpft man informelle Beschäftigung, Arbeitsplätze werden geschaffen und Produktivität gesteigert. Hingegen haben konservative und rechtsextreme Regierungen zur Schwächung von Gewerkschaften, sozialen Sicherungssystemen, Desinformation und zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse beigetragen. Für nachhaltige Wirtschaftspartnerschaften und die Stärkung der Demokratien in Lateinamerika und der Karibik müssen die sozialen Entwicklungsinteressen der Region berücksichtigt werden. Gleiches gilt insbesondere auch für den Tourismus, dessen Entwicklung sich an sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeitskriterien ausrichten sollte.

Empfehlungen:

- Handelsabkommen müssen die nachhaltigen Entwicklungsziele unserer Partner vollumfänglich berücksichtigen und Wohlstandsperspektiven schaffen. Dabei ist eine Kommunikation auf Augenhöhe, welche die Voraussetzungen vor Ort erfasst, von größter Bedeutung.
- In allen EU-Handels-, -Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Lateinamerika und der Karibik sollen verbindliche soziale (unter anderem ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards vereinbart werden. Zu ihrer Kontrolle bedarf es flankierend konkrete Beschwerde- und Überprüfungsmechanismen. Eine Sanktionsbewährtheit sollte dort vereinbart werden, wo sie unausweichlich ist. Prioritär sollte der Fokus auf der Einrichtung von Review-Mechanismen inklusive Streitschlichtung und Korrekturmöglichkeiten liegen. Dies gilt insbesondere auch für zusätzliche Vereinbarungen zum EU-Mercosur-Abkommen, sowie für die Weiterentwicklung anderer Abkommen mit Ländern in der Region. Als Voraussetzung für faire Wirtschaftsbeziehungen müssen neben Klima- und Umweltstandards auch Arbeits- und gewerkschaftliche Organisationsrechte gewährleistet und effektiv durchsetzbar sein. Dies beinhaltet unter anderem effektive und durchsetzbare Regeln zum Schutz von Beschäftigten, Umwelt und Verbraucher:innen sowie eine effektive Gerichtsbarkeit.
- Die Kompetenz zur Verhandlung und Abschluss von Handelsabkommen liegt bei der EU. Zur zielgerichteten Ausübung ihrer Tätigkeiten statten wir die EU-Institutionen mit einem umfangreichen Vertrauensvorsprung aus. Dies gilt insbesondere für EU-only-Abkommen. Deutschland wahrt seine Mitspracherechte durch die Beteiligungsprozesse der Europäischen Union. Bei gemischten Abkommen sollen parlamentarisch gestaltende Spielräume

durch den Deutschen Bundestag ausgeschöpft werden, die auch hier durch die Mitwirkung gegenüber der Bundesregierung wahrgenommen werden.

- Nachhaltige Wirtschaftspartnerschaften erfordern zudem die Ergänzung von Handelsabkommen durch Kooperationsabkommen unter anderem für gemeinsame Bildungs- und Forschungsprojekte in Bereichen wie der Industriepolitik, um Investitionen, Technologietransfers und die Verlagerung der Wertschöpfung zu fördern. Kern dieser Maßnahmen muss es sein, dass der faire Anteil der Wertschöpfung in der Herkunftsregion verbleibt.
- Die Europäische Union muss Kompromissangebote in puncto Investitionsschutz sowie Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen in der Region Lateinamerika und der Karibik entwickeln, die den Regierungen Handlungsspielräume in der Förderung nationaler Sektoren sowie der eigenen kleinen und mittleren Unternehmen lassen. Investitionsschutzklauseln müssen so gestaltet sein, dass sie der Anwendung von Rechten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit aus dem WTO TRIPS Abkommen (Art. 31 WTO TRIPS Abkommen) nicht entgegenstehen.
- Kooperationsprojekte und internationaler Erfahrungsaustausch zu den Themen Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt sowie zur sozialen Ausgestaltung von Digitalisierung müssen gefördert werden.
- Gerade in Bereichen wie der Landwirtschaft und dem Bergbau, in denen größtenteils prekäre Beschäftigungsbedingungen herrschen, müssen Lieferketten und unser wirtschaftliches Handeln auf den Prüfstand gestellt, die ILO-Kernarbeitsnormen eingehalten und Konsequenzen gezogen werden. Deutsche und europäische Unternehmen müssen in allen Branchen menschenrechtlichen Risiken vorsorgen, effektive und leicht zugängliche Beschwerdemechanismen einrichten und unabhängige Gewerkschaften angemessen beteiligen. Erfahrungen aus der Region Lateinamerika und der Karibik müssen in die Weiterentwicklung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes einfließen.
- Das Ausräumen von Vorurteilen gegenüber Handelsabkommen muss in unser aller Interesse sein. Nur als Teil der EU und gemeinsam mit unseren internationalen Partnern können wir den Herausforderungen unserer Zeit, wie dem Klimawandel oder menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, entgegentreten. Handelsabkommen bieten dazu effektive Handreichungen. Auf diesem Werkzeug müssen wir weiter aufbauen, denn es bietet Schutz und Sicherheiten für alle Beteiligten.

3. Klima- und Umweltpolitik: Ressourcen schützen, Transformation fördern

Unser Ziel ist es, gemeinsam mit politischen und zivilgesellschaftlichen Partner:innen in Lateinamerika und der Karibik den Klimaschutz voranzubringen und die Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Wir wollen in den Ländern selbst wie auch durch Kooperation in multilateralen Foren und Prozessen die sozial-ökologische Transformation im Sinne einer „Just Transition“ voranbringen. Dafür wollen wir auch Erfahrungen aus der Region für andere Länder weltweit nutzbar machen und hierfür Modelle wie die trilaterale Zusammenarbeit fördern. Dabei soll die gesellschaftliche Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen und ressourcenschonenden Wirtschaft im Mittelpunkt stehen, insbesondere im Energiesektor, Bergbau, Industrie und der Landwirtschaft. Wir wollen die Region beim Aufbau klimaschonender Lieferketten, bei Mobilität und Logistik unterstützen, sowie bei der nachhaltigen Städteplanung, dem Landschaftsschutz, der produzierenden Industrie und in der Landwirtschaft. Gemeinsam mit Partner:innen in Regierungen, Parlamenten, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen und der Zivilgesellschaft der Region sollen die Ausarbeitung und Umsetzung von Strategien zum Klimaschutz auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene vorangetrieben werden und die Einhaltung und Weiterentwicklung der bestehenden internationalen Klimaverträge gewährleisten. Die extremen sozialen und ökonomischen Ungleichheiten in den einzelnen Ländern müssen dabei berücksichtigt werden. Unterstützen sollen dabei Finanzierungsinstrumente im

Rahmen der globalen Klima- und Entwicklungspolitik sowie Schuldenumwandlungen für die vom Klimawandel betroffenen Entwicklungsländer.

Immer mehr Menschen in Lateinamerika leben in Großstädten. Da dort die meisten Emissionen entstehen sind sie zentraler Ort für Kooperationen und Umsetzungen von nachhaltiger Entwicklung und Transformation. Hierbei wollen wir unterstützen.

Der Schutz der verschiedenen Ökosysteme Lateinamerikas und der Karibik sowie der Erhalt der Biodiversität ist eine gemeinsame Herausforderung. Von herausgehobener Bedeutung ist der Schutz der Wälder, besonders am Amazonas, die für das Weltklima eine zentrale Rolle spielen. Entwaldung muss enden, denn sie gilt als zweitgrößter CO₂-Treiber und trägt erheblich zum Artensterben bei. Eine zentrale Rolle spielen hier die neuen Rechtsvorschriften für entwaldungsfreie Lieferketten der EU. Auch sind die bei der COP 26 in Glasgow getroffenen Vereinbarungen zwingend umzusetzen.

Die Agrarwirtschaft, zentraler Wirtschaftszweig in Lateinamerika und der Karibik, muss nachhaltig weiterentwickelt werden. Regierungen, die sich um Landreformen bemühen, müssen dabei unterstützt werden. Gleichzeitig braucht es Konzepte, um die verbreitete Armut zu verringern und Entwicklung sowie menschenwürdige Arbeit in Einklang mit dem Erhalt der Waldbestände und Biodiversität zu bringen. Dabei müssen die spezifischen Interessen und Vorschläge der lokalen Gemeinschaften, insbesondere der indigenen Bevölkerung, berücksichtigt werden. Soziale Konflikte, Landraub sowie Gewalt gegen Umweltaktivist:innen und Indigene müssen verhindert werden. Wir begrüßen daher die Ratifizierung des ILO Übereinkommens 169 durch mittlerweile 24 Staaten.

Empfehlungen:

- Es gilt, die Länder Lateinamerikas und der Karibik nicht ausschließlich als Lieferanten von Rohstoffen, Vorprodukten oder Energie anzusprechen, sondern die gemeinsame Herausforderung des Klimawandels und die daraus resultierenden Notwendigkeiten für den Umbau der Energiewirtschaft, des Bergbaus, der Industrie und des Verkehrssektors in den Mittelpunkt zu stellen. Potenziale für Kooperationen im Gebäudesektor zur Reduzierung von CO₂-Emissionen sollten ausgelotet werden.
- Unterstützung von NGOs, die sich für Landrechte einsetzen, die Landwirtschaft betreibende Personen über ihre Rechte aufklären und sie so vor Landraub schützen. Davon sind vor allem Frauen und marginalisierte Bevölkerungsgruppen betroffen. Wir sprechen uns für Programme aus, die die Stärkung von Land- und Eigentumsrechten von indigenen Gemeinschaften und Kleinbäuer:innen fördern, um die Landrechtssysteme gerecht und inklusiv zu gestalten.
- Konstruktive Begleitung der Umsetzung des ILO-Übereinkommens in Monitoringprozessen, um sicherzustellen, dass dem staatlichen Schutzauftrag für ohnehin schon gefährdete indigene Bevölkerungsgruppen nachgekommen wird. Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzstrategien auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene, insbesondere die Erarbeitung gemeinsamer Positionen bei internationalen Klimakonferenzen.
- Reformen der Weltbankgruppe und regionalen Entwicklungsbanken gemeinsam mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik voranbringen, um Leistungen und Finanzierungen für diese Länder, insbesondere auch zur Anpassung an Klimaänderungen, bereitzustellen. Aufbau einer Transformationspartnerschaft mit dem Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens jenseits der Ausbeutung natürlicher Ressourcen mit begrenzter lokaler Wertschöpfung.
- Innovative Finanzinstrumente für Schuldenrestrukturierung sollen zu einer gerechten Klimawende beitragen.
- Als Mechanismus zur Konfliktvermeidung unterstützen wir die Ratifizierung und Umsetzung des Escazú-Abkommens durch möglichst viele Staaten als neuen Schutzrahmen für Umweltaktivist:innen und als Partizipationsinstrument.

- Klimaschutzstrategien und Transformationspartnerschaften sollten im Sinne einer internationalen evidenzbasierten Politikberatung („science in diplomacy“) durch bi- und multilaterale wissenschaftliche Beobachtungen unterstützt werden und dieser wissenschaftlichen Evidenz Gehör verschafft werden, beispielsweise im Rahmen der G4-Partnerschaft und des Global Environmental Outlook (GEO-8) der United Nations Environmental Policy (UNEP).

4. Energie- und Rohstoffpartnerschaften gleichberechtigt und nachhaltig gestalten

Insbesondere Energie- und Rohstoffpartnerschaften bieten neue Ansätze für die Kooperation mit Lateinamerika und die Karibik: Deutschland ist angewiesen auf Energie- und Rohstoffimporte und muss nachhaltige Alternativen zu (russischen) fossilen Energieträgern finden. Die Reduktion von Treibhausgasemissionen durch die Dekarbonisierung der Wirtschaft ist eine weltweite Herausforderung, insbesondere im Verkehrssektor, der Energiegewinnung und der Industrie.

Der Bedarf an Rohstoffen, der durch den Ausbau von erneuerbaren Technologien in der Welt entsteht, trifft auf große Rohstoffvorkommen von Lithium, Kupfer und seltenen Erden in Lateinamerika. Das bislang auf Extraktivismus basierende Wirtschaftsmodell in Lateinamerika gilt es zu überwinden und durch ein Modell gemeinsamer, nachhaltiger Wertschöpfung zu ersetzen. Auch im Wettbewerb um Zugriff auf weltweite Rohstoffvorkommen mit China muss Europa den Ländern Lateinamerikas attraktive Kooperationsangebote bei der Erschließung neuer Rohstoffvorkommen machen. Dazu gehören ein möglichst umweltschonender Bergbau, hohe soziale Standards, angemessene Steuern und Abgaben, die Co-Finanzierung von Infrastruktur vor Ort, gute Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sowie Investitionen in die lokalen Gemeinschaften. Am wichtigsten ist jedoch die Zusicherung, erste Verarbeitungsschritte in den Ländern selbst aufzubauen und somit den Aufbau einer verarbeitenden Industrie zu ermöglichen. Forschungsk Kooperationen stärken zusätzlich die Standorte vor Ort.

Lateinamerika und die Karibik verfügen darüber hinaus über ein großes Potenzial an erneuerbaren Energien wie Geothermie, Wasser- und Windkraft oder Solarenergie. Einige Länder wie Costa Rica oder Uruguay haben ihre Stromerzeugung bereits fast vollständig umgestellt und verfügen sogar über einen Energieüberschuss. Dies bedeutet, dass die Produktion von Grünem Wasserstoff ein weiteres Potenzial für den Handel darstellt.

Im Rahmen der Klimaclubs, des Hydrogen-Netzwerks und Energy Transition Forum müssen Wasserstoffprojekte vor Ort nun konkret vereinbart und umgesetzt werden. Europäische Industriekonsortien sollen in Kooperation mit lokalen Unternehmen und Gewerkschaften dafür Strategien erarbeiten und zeitnah umsetzen. Lokale Stromnetze müssen ausgebaut werden und eine Wasserstoff-Transport-Infrastruktur im Rahmen des Global Gateway Programms der EU finanziert und aufgebaut werden.

Empfehlungen:

- Internationale Kooperationen zur Förderung des Wasserstoffhandels müssen Teil nachhaltiger, umfassend angelegter Entwicklungspartnerschaften sein, die die sozioökonomische Entwicklung und die Dekarbonisierung der Wirtschaft in den Partnerländern unterstützen.
- Bei der Förderung der für alternative Energien notwendigen Rohstoffe sollen die lokale Produktion, die Arbeitsbedingungen, die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards entlang der Produktions- und Lieferketten Berücksichtigung finden. Hierzu haben wir in Deutschland mit der Verabschiedung des Sorgfaltspflichtengesetzes für deutsche Unternehmen den ersten Schritt unternommen. Damit gehen wir auf EU-Ebene voran und setzen uns auch hier für eine ambitionierte verbindliche Richtlinie ein. Insbesondere am Anfang der Wertschöpfungskette, wo die meisten Menschen- und Umweltrechtsverletzungen stattfinden, haben diese Instrumente einen Mehrwert. Diese Mechanismen haben das Potenzial Rohstoffexporte, beispielsweise von Kohle aus Kolumbien, oder den Primärproduktexport, zum Beispiel Soja aus Brasilien, umweltschonender und fairer zu gestalten.

- Internationale Kooperationen im Bereich von Forschung und Entwicklung sind ein wichtiger Baustein, um die technologische, wissenschaftliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Partnerländern zu fördern. In den meisten Ländern Lateinamerikas und der Karibik gibt es beispielsweise im Bereich der Erzeugung, Nutzung (zum Beispiel in der industriellen Produktion, im Transportsektor, im Schiffsverkehr) und des Transports von Grünem Wasserstoff und seinen Derivaten großen Bedarf an Forschung und Entwicklung.
- Fördergelder zur Energy Transition müssen auch den Aufbau einer nachhaltigen Logistik und Transportinfrastruktur sowie den Ausbau von lokalen Stromnetzen fördern.

5. Rechtsstaatlichkeit stärken

Ein demokratisch legitimer und funktionierender Rechtsstaat bildet die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Sowohl in Lateinamerika und der Karibik als auch in Europa stellen Organisierte Kriminalität, terroristische Bedrohungen, aber auch Geldwäsche, Korruption, illegale Holz-, Drogen- und Mineralienwirtschaft sowie Menschenhandel die Gesellschaften vor große Herausforderungen. Dies geht insbesondere in Lateinamerika und in der Karibik einher mit schweren Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen, Gewalt, Umweltschäden, Klimafolgen sowie gefährlichen Arbeitsbedingungen einschließlich den schlimmsten Formen von Kinderarbeit oder moderner Sklaverei. Einer der zentralen Gründe hierfür ist die geringe Präsenz des Staates in einigen Gebieten aufgrund ungleicher Ressourcenverteilung sowie die Verstrickung staatlicher Vertreter:innen in korruptive Strukturen oder die Organisierte Kriminalität. Große Teile der Bevölkerung haben deshalb nur ein geringes Vertrauen in den Rechtsstaat.

Gelingt die Stärkung des Rechtsstaats in Verbindung mit Zugängen zu wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe, kann somit der Unterwanderung des Staates durch kriminelle Banden, korrupte Akteure oder Netzwerke ultra-rechter, faschistischer Kreise nachhaltig entgegengewirkt werden. Die demokratischen und rechtsstaatlichen Fundamente der Staaten Lateinamerikas und der Karibik gilt es daher zu festigen. Die staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind weiterhin zu unterstützen und zu stärken. Beides sind wesentliche Pfeiler einer progressiven Innenpolitik, die den Menschen ins Zentrum stellt und sich damit von der häufig von konservativen Kräften propagierten „Politik der harten Hand“ abgrenzt.

Eine funktionsfähige, rechtsstaatliche und bürgernahe zivile Polizei ist die Grundlage für jede wirkungsvolle und nachhaltige Kriminalpolitik. Das Vertrauen in die Polizei ist essenziell für die Entdeckung, Verhinderung und Bekämpfung von Kriminalität.

Die Bekämpfung der Drogenkriminalität liegt in der gemeinsamen Verantwortung aller Länder der Welt. Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten ist ein wichtiger Bestandteil der Politik der Europäischen Union und ihrer Agenturen. Das gilt auch für EUROPOL im Rahmen polizeilicher Kooperation. Durch die Dialoge mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik wird darüber hinaus ein ausgewogener und evidenzbasierter Ansatz gefördert. Auf internationaler Ebene muss die Arbeit von INTERPOL weiterhin aktiv unterstützt werden, damit eine weltweite Verfolgung der transnationalen Organisierten Kriminalität forciert werden kann.

Empfehlungen:

- Bestehende Sicherheitskooperationen sind unter Einbeziehung lokaler, zivilgesellschaftlicher Organisationen auszubauen.
- Sicherheits- und Polizeikooperationen müssen um die Komponenten Prävention und Resozialisierung ergänzt werden. Dies umfasst die Arbeit mit Gefängnisbehörden zur Entwicklung effektiver Resozialisierungsprogramme sowie Präventionsmechanismen.
- Deutschland und Europa bieten sich als Partner für die Erarbeitung und Umsetzung einer umfassenden Reform des Sicherheitssektors in den Staaten in Lateinamerika und der

Karibik an. Diese soll eine Stärkung von Transparenz, eine effektivere Zusammenarbeit, Antikorruptionsstrategien und eine gute Kontrolle der Sicherheitsbehörden beinhalten.

- Es sollen gemeinsame Strategien zur Bekämpfung der illegalen Holz-, Drogen- und Mineralienwirtschaft entwickelt werden. Hierbei liegt auch eine Verantwortung bei deutschen und europäischen Akteuren hinsichtlich der Nachfrage. Dafür sind multinationale VN-Abkommen, EU-Handelsabkommen, national wie auf EU-Ebene gesetzlich festgeschriebene Sorgfaltspflichten für Unternehmen, bilaterale Abkommen sowie die Entwicklungs- und die finanzielle Zusammenarbeit einzubeziehen. Gleichzeitig müssen die Einführung und der Ausbau von verbindlichen Qualitätsstandards vorangetrieben sowie die enge Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, Regierungen und Unternehmen gestärkt werden.
- Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) muss in die Lage versetzt und angehalten werden, effektive Kontrollen in Bezug auf illegales Holz durchzuführen.
- In Staaten, die derzeit über keine zivilen Polizeistrukturen verfügen, soll beim Aufbau einer demokratischen Polizei- und Justizstruktur von Deutschland Unterstützung angeboten werden.
- Der Einsatz von Verbindungsbeamten durch das Bundeskriminalamt muss fortgeführt und bei Bedarf ausgebaut werden.
- Im Hinblick auf die Drogenpolitik der Anbau-, Transit- und Zielländer müssen neue Wege der Prävention, der Aufklärung, der Regulierung sowie der Forschung und Evaluierung beschritten werden. Die Entwicklung eines umfassenden Ansatzes gegen Drogengewalt, -handel und -konsum ist erforderlich.
- Darüber hinaus muss der Zugang zu den jeweiligen Datenbanken der Partnerstaaten erleichtert und die länderübergreifende Kontrolle von Geldströmen und Transaktionen verdächtiger Unternehmen und Personen intensiviert werden.
- Förderung eines intensiven Austauschs über Gesetzgebungsprozesse gegen Falschmeldungen zum Schutz von Pressefreiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, um damit unter anderem Radikalisierung und Rechtsextremismus entgegenzuwirken.
- Unterstützung von lokalen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, beispielsweise in Bezug auf das Versammlungsrecht und andere Formen der demokratischen Mitwirkung.

6. Gemeinsam für mehr Geschlechtergerechtigkeit weltweit arbeiten

Die feministische Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung, die die Stärkung von Frauen im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen System zum Ziel hat, ist in Lateinamerika und der Karibik besonders anschlussfähig. Denn Frauen stärken heißt, die Sicherheit zu stärken. Deshalb müssen Frauen und Mädchen mit einer feministischen Entwicklungspolitik im Rahmen der „3R“ (Rechte, Ressourcen und Repräsentanz) gestärkt werden und im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System eine zentrale Rolle spielen. Gleiches gilt bei der bilateralen Zusammenarbeit in der Klimapolitik, im Rohstoff- und Energiesektor sowie bei Handelsabkommen, wo wir eine feministische Perspektive fördern.

Nicht nur, dass sich einige Regierungen dezidiert zu einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik bekannt haben, wir erleben in der Region auch eine starke Frauenbewegung, die feministische Emanzipation und demokratische Innovationen vorantreibt. Einige Länder sind weltweit Vorreiter bei der paritätischen politischen Beteiligung von Frauen sowie bei der Gesetzgebung, die geschlechtsspezifische Gewalt als Straftatbestand anerkennt. Auch bei der gesetzlichen Regelung von Sorgearbeit/Pflege als Instrument zur Förderung sozialer und Geschlechtergerechtigkeit gibt es in Lateinamerika und in der Karibik fortschrittliche Ansätze. Im Kontrast dazu stehen nach wie vor erschreckend hohe Raten an geschlechtsspezifischer Gewalt („Femizide“), Straflosigkeit und patriarchale

Machtstrukturen. In all diesen Politikbereichen wollen wir den Austausch intensivieren, um voneinander zu lernen und die jeweiligen Erfahrungen für die nationale Politik nutzbar zu machen.

Empfehlungen:

- Förderung und Unterstützung des Dialogs und des Erfahrungsaustauschs mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik, die bereits Femizide als eigenen Straftatbestand in ihre Gesetzgebung aufgenommen haben.
- Stärkung des Dialogs über paritätische Demokratie: Wir wollen die Erfahrungen einiger Länder Lateinamerikas, wie Argentinien und Kolumbien, mit verschiedenen Gesetzen und innovativen Maßnahmen als Ausgangsbasis für einen vertieften Dialog und gegenseitiges Lernen nutzen.
- Förderung von feministischer Politikimplementierung: Die Erfahrungen in Europa und in Lateinamerika und der Karibik bei der Entwicklung, Implementierung und Verwaltung von Care- und Sozialpolitiken bieten beiden Regionen die Möglichkeit, aus den Erfolgen und Fehlern der anderen zu lernen. Hinzu bedarf es der Analyse der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftspolitiken sowohl Lateinamerikas und der Karibik als auch Deutschlands und deren Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit.
- Feministische Außen- und Entwicklungspolitik zum Leitbild einer gemeinschaftlichen Kooperation machen: Nachdem sich sowohl Deutschland als auch mehrere Länder Lateinamerikas und der Karibik zu einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik bekannt haben, gilt es, diese mit Inhalten zu füllen und Frauen auf unterschiedlichen Ebenen zu vernetzen. Neben einer stärkeren Teilhabe von Frauen und dem Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit, ist vor dem Hintergrund des multiethnischen Kontexts in Lateinamerika und der Karibik die Integration einer intersektionalen Perspektive in den Dialog dringend geboten.

7. Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Die Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik ist eines der nachhaltigsten und sichtbarsten Instrumente unserer Außenpolitik. Sie trägt dazu bei, gegenseitiges Verständnis zu schaffen und wird daher auch in Zukunft eine wichtige Säule unserer Außen- und Friedenspolitik bleiben.

Gerade dieser Bereich ebnet den Weg für die Zuwanderung von Fachkräften. Gleichzeitig ist im Sinne einer „brain circulation“ darauf zu achten, dass die Zuwanderung nach Deutschland nicht zu einem Fachkräftemangel in den Herkunftsländern führt.

Investitionen in eine gestaltende Außenpolitik bringen uns nicht nur auf dem diplomatischen Parkett weiter, sondern helfen konkret bei der Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen, sei es durch die Erforschung beziehungsweise den Erhalt von Biodiversität an Land und zu Wasser, die Beobachtung, Erforschung und Versorgung von vernachlässigten Krankheiten, durch friedensstiftende Maßnahmen internationalen Wissenschaftsaustausches und durch die Ausbildung weiterer „science diplomacy“ Kapazitäten in und mit Akteuren Lateinamerikas und der Karibik. Die Forschungs- und Mittlerorganisationen engagieren sich hierin seit vielen Jahren und haben ihre Sichtbarkeit verstärkt, beispielsweise mit dem Deutschen Wissenschafts- und Innovationshaus in São Paulo. Mit den bereitgestellten Mitteln wollen wir die engagierten Wissenschaftler:innen, Forschungs- und Förderorganisationen weiter unterstützen.

Die deutschen Auslandsschulen genießen einen Ruf für hohe Lehrqualität und eine exzellente pädagogische Ausbildung ihrer Lehrkräfte. Um sicherzustellen, dass diese Qualität kontinuierlich aufrechterhalten wird, werden Prozessbegleiter:innen der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen eingesetzt.

Empfehlungen:

- Die Haushaltsmittel der Auswärtigen Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik werden nachhaltig und effektiv eingesetzt. Investitionen in eine gestaltende Außenpolitik bringen uns nach innen und außen voran.
- Bestehende und neue Initiativen und Projekte zur Fachkräftegewinnung stärken: Die Initiativen und Projekte unserer Mittlerorganisationen leisten sowohl für unser Land als auch für unsere Partnerländer einen unverzichtbaren Beitrag. Institutionen wie das Goethe-Institut ermöglichen mit ihren Programmen die Zuwanderung qualifizierter und motivierter Fachkräfte. In entsprechenden Kursen werden Fachkräfte auf das Leben und Arbeiten in Deutschland vorbereitet und erlernen bereits im Ausland die deutsche Sprache. Dies ermöglicht ihnen zugleich die legale Zuwanderung nach Deutschland.
 - Absolvent:innen einer deutschen Auslandsschule gelten beispielsweise durch das deutsche Abitur, formal als Bildungsinländer und können somit unbeschwert ein Hochschulstudium in Deutschland aufnehmen. Dadurch gibt es für Studierende die Möglichkeit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis für Ausbildungs- oder Studienplatzsuchende und zustimmungsfreie Praktika mit einer Dauer von bis zu sechs Wochen. Somit müssen die deutschen Auslandsschulen auch in Zukunft ausreichend gefördert werden, da sie ebenfalls dazu beitragen, ausländische Fachkräfte für unsere heimischen Unternehmen langfristig zu gewinnen.
 - Zudem ermöglicht eine deutsche Förderung der Ausbildung, dass ausländische Fachkräfte durch die Mehrsprachigkeit und direkte Einbindung in die deutsche Kultur hoch qualifiziert und leichter in kulturelle Unterschiede und Sprachbarrieren integriert sind.